

Christian Wolff
Osterweiterung - 35 Jahre Leben im neuen Deutschland.
Erfahrungen und Perspektiven
Festrede zum Tag der Deutschen Einheit
am 03. Oktober 2025
Paulskirche Frankfurt am Main

„Erschossen wie Robert Blum“ – dieses geflügelte Wort raunte meine Großmutter uns Kindern zu, wenn wir abends vom Spielen zu müde waren, um uns noch die Zähne zu putzen. Leider habe ich sie nie gefragt, wer Robert Blum war. Doch bei meinem ersten Besuch in Leipzig im April 1991 entdeckte ich eine Gedenktafel am Alten Rathaus:

ROBERT BLUM
DEM KÄMPFER FÜR EIN GEEINTES
DEMOKRATISCHES DEUTSCHLAND
ZUM GEDENKEN

Das zeigte mir vor 34 Jahren an, was ich bis dahin nicht auf dem Schirm hatte: Leipzig, Sachsen waren Ausgangspunkt und Zentrum für viele gesellschaftliche, kulturelle, politische, ökonomische Entwicklungen: Musik, Buchdruck, Reformation, Arbeiterbewegung, Sozialdemokratie.

Und nun stehe ich voller Ehrfurcht hier in dem Raum, in dem Robert Blum als Leipziger Abgeordneter und Führer der demokratischen Linken im Paulskirchenparlament wirkte. Er, der gebürtige Kölner Katholik, ich selbst gebürtiger Düsseldorfer Protestant – und unser beider Weg führte, 160 Jahre voneinander getrennt, in die Stadt, die wie kaum eine andere für ein „*geeintes demokratisches Deutschland*“ steht: Leipzig, die Partnerstadt von Frankfurt am Main und das seit dem 3. Oktober 1990.

Heute spreche ich auch als jemand zu Ihnen, der als lupenreiner Wessi gelten kann. 1949 geboren, hatte ich bis 1991 keinerlei verwandtschaftliche oder sonstige Beziehungen in die DDR. Die DDR war mir politisch suspekt, aber ich habe die deutsche Teilung als Folge der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und ihrer Verbrechen akzeptiert, ohne mir bewusst zu machen, dass die Lasten der Teilung und die Folgelasten des 2. Weltkrieges zwischen West- und Ostdeutschland sehr ungleich verteilt waren.

Als im Oktober 1989 in Leipzig die Friedliche Revolution begann, erlebte ich dies in Mannheim im Sessel sitzend – ich hatte mir beim Fußballspiel mit Konfirmanden meinen Fuß gebrochen. Das war mehr als symbolträchtig. Als Angehöriger der '68er-Generation, die dachte, ohne sie läuft nichts, musste ich nun erleben, wie in Mitteleuropa eine revolutionäre Entwicklung einsetzte, mit der ich zunächst nichts zu tun hatte. 1990 erschien ein SPIEGEL-Essay (Nr. 38/1990) von Patrick Süßkind unter der Überschrift »*Deutschland, eine Midlife Crisis*«¹. In diesem rechnete er mit unserer Generation ab:

Die eigentlichen Greise sind wir, wir 40-jährigen Kinder der Bundesrepublik. ... Uns treffen die Erschütterungen im denkbar ungünstigsten Moment, ... da wir glaubten,

¹ <https://www.spiegel.de/politik/deutschland-eine-midlife-crisis-a-6fb97fc9-0002-0001-0000-000013501977>

unsere Existenz im Griff und die Welt verstanden zu haben ... – jetzt kommt plötzlich die Midlife Crisis in Gestalt der deutschen Einheit über uns! Auf Potenzstörungen wären wir vorbereitet gewesen, auf Prostata, Zahnersatz, Menopause, auf ein zweites Tschernobyl, auf Krebs und Tod und Teufel – bloß nicht auf "Deutsch-land-ei-nig-Va-ter-land"!

Zu diesen „*eigentlichen Greisen*“ wollte ich nicht gehören – zumal es ab 1990 in mir rumorte: In Osteuropa vollzieht sich Revolutionäres, und wir leben am Rhein so weiter, als wäre nichts geschehen! Insofern war es ein Glücksfall, dass ein Lehrer aus Kassel im „*Deutschen Pfarrerblatt*“ im März 1991 eine Anzeige aufgab, dass an der Thomaskirche Leipzig zwei Pfarrstellen zu besetzen sind. Im April 1991 bin ich dann erstmals nach Leipzig gereist – voller Neugier auf das, was meine Frau und mich erwartete. Auf der einen Seite war es eine Reise in die Kindheit: der schwefelhaltige Geruch, die grau-schwarzen Hausfassaden, mit den Einschüssen aus dem 2. Weltkrieg, die glatt rasierten, notdürftig verschlossenen Dächer – all das erinnerte mich an den Düsseldorfer Norden der 50er Jahre. Auf der anderen Seite spürte ich, als wir in Leipzig aus dem Zug ausstiegen und im riesigen, leeren Hauptbahnhof etwas verloren dastanden: Hier wird sich urbanes, europäisches Leben entwickeln. Hier werden die Weichen neu gestellt. Im September 1991 wurde ich zum Pfarrer an der Thomaskirche gewählt. Im März 1992 begann ich meine Arbeit – nicht als Di-Mi-Do-Beamter, sondern zu Gehaltsbedingungen Ost. Meine Bezüge halbierten sich.

Damit war ich angekommen im *neuen* Deutschland. Denn so wollte ich das vereinte Deutschland verstehen: als etwas historisch *Neues*. Darum habe ich mit dem Begriff „*Wiedervereinigung*“ größte Schwierigkeiten. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist nicht die Fortsetzung des Deutschlands, das nach 1945 selbst verschuldet zerfiel, und schon gar nicht das Deutschland in den Grenzen von 1937. Das *neue* Deutschland ist entstanden durch den Aufbruch zur Demokratie, durch die Menschen, die sich mit der Friedlichen Revolution aus und von dem System von Diktatur und Bevormundung befreit haben. Darüber hinaus ist das neue Deutschland das Ergebnis dessen, was in der Präambel des Grundgesetzes prophetisch als „*Willen*“ des Deutschen Volkes proklamiert wird:

als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen ...

Unter dieser Prämisse ist die deutsche Einheit das Beste, was beiden Teilen Deutschlands und Europa passieren konnte.

Jedoch vermisse ich seit 35 Jahren, dass wir uns in Ost und West ganz bewusst als Teil des größer gewordenen Europas verstehen; als ein Land im Aufbruch; ein Land, das dieser Welt eine neue Geschichte erzählen kann: wie sich ohne Gewalt und Blutvergießen eine Revolution vollziehen und Demokratie, Freiheit, Menschenrechte errungen werden können. Darum war es für mich ein Schock, dass sich schon 1990 auf dem Balkan neue kriegerische Auseinandersetzungen abzeichneten, und Anfang 1991 der zweite Golfkrieg vom Zaun gebrochen wurde – so als ob den Menschen ganz schnell die Hoffnung auf gewaltfreie Veränderungsprozesse genommen und das Diktat militärischer Interventionspolitik schnell wieder eingetrichtert werden sollte. Parallel dazu war die damalige Bundesregierung der Überzeugung, dass die deutsche Einheit „*aus der Portokasse*“ bezahlt werden könne, während gleichzeitig 17 Milliarden DM für den Golfkrieg locker gemacht wurden. An dieser friedenspolitischen Schiefelage hat sich in 35 Jahren leider wenig geändert, obwohl all die Kriege, die seitdem geführt wurden, nichts anderes als verbrannte Erde hinterlassen haben.

Es ist doch absurd, dass sich eine nationalistische Partei wie die AfD derzeit als „Friedenspartei“ aufspielen kann, während sich Regierungspolitiker:innen immer mehr in Kriegsrhetorik einüben. Wir brauchen aber andere Überschriften, Überschriften, die sich an den Zielen der Friedlichen Revolution orientieren.

Nun kommt hinzu, dass sich der organisierte Rechtsextremismus Westdeutschlands 1989/90 Ostdeutschland als neues Aufmarschgebiet auserkoren hatte und an eine in der DDR vorhandene Neonazi anknüpfen konnte. Zusätzlich konnte er das ideologische Vakuum, das mit dem Zusammenbruch des SED-Staates entstanden war, insbesondere bei jungen Menschen als Einflugschneise nutzen. Die Langzeitwirkung dieses unseligen Treibens vor allem im ländlichen Raum wurde in den ersten 20 Jahren nach 1990 völlig unterschätzt – und diejenigen, die vor der Fruchtbarkeit des braunen Schoßes² gewarnt haben, wurden alleingelassen. Zusätzlich wirkte ein Missverständnis, dem nicht wenige Ostdeutsche erlegen sind: Sie verstehen die Vereinigung als Wiedergeburt einer deutschen Nation, durchaus mit völkischem Unterton. Sie klammern dabei die Bedingung völlig aus, ohne die es das vereinte Deutschland nie gegeben hätte: die Einbettung Deutschlands in die Europäische Gemeinschaft. Hier möchte ich daran erinnern, dass der Artikel des Grundgesetzes, nach dem die Vereinigung vollzogen wurde, Artikel 23, heute das ausführt, was in der Präambel festgelegt und Bedingung für die Deutsche Einheit war und ist: die Verwirklichung des vereinten Europas durch die Europäische Union. So ganz nebenbei: Da die AfD, nicht nur laut ihres Leipziger Abgeordneten im europäischen Parlament, Siegbert Droese, Europa mit der „Abrissbirne“ zertrümmern will, ist sie schon allein deswegen eine verfassungswidrige Partei.

Heute komme ich an der nüchternen wie ernüchternden Feststellung nicht vorbei: 35 Jahre deutsche Einheit bedeutet leider auch 35 Jahre Leben von der Substanz, während die Ostdeutschen zunächst einem Dauerveränderungs- und Aneignungsturbo ausgesetzt waren. Dabei hätten auch in Westdeutschland die Signale auf Umbruch, Aufbruch, Reform stehen müssen. Diejenigen, die es damals miterlebt haben, mögen sich erinnern, wie die Lage in der alten BRD war:

- Die Demokratie war erlahmt;
- die Wirtschaft, vor allem die Autoindustrie, befand sich Ende der 80er Jahre in einer tiefen Krise;
- die Mobilität bedurfte insbesondere in den Großstädten einer Umsteuerung (Gütertransport weg von Straße auf die Schiene, Ausbau des ÖPNV);
- in der Klima- und Energiepolitik hätte spätestens nach Tschernobyl umgesteuert werden müssen;
- die Kirchen hätten schon lange auf die sich abzeichnende Säkularisierung und den Mitglieder-Exodus reagieren müssen, statt unbesehen das westdeutsche Kirchensystem auf Ostdeutschland zu übertragen.

Doch mit der Deutschen Einheit im Oktober 1990 hatten sich alle Reformgedanken und Erneuerungsnotwendigkeiten erst einmal erledigt. Das fällt uns 35 Jahre später in allen gesellschaftlichen Bereichen schwer auf die Füße. Dabei verkenne ich nicht, dass gerade in Ostdeutschland tatsächlich „*blühende Landschaften*“ (Helmut Kohl) entstanden sind. Nur: die Neuaneignung der Demokratie, die Gestaltung einer offenen, auf Europa ausgerichteten

² „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“ Bertolt Brecht, Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui, in: ders., Die Stücke von Bertolt Brecht in einem Band, Frankfurt am Main 1980, S.728

Gesellschaft, wurde in allen Bereichen – Schulen und Universitäten, Kirchen und Gewerkschaften und vor allem im ländlichen Raum - vernachlässigt. Damit blieb eine wichtige Herausforderung einfach unerledigt liegen: die radikalen Veränderungen, die mit Verlusterfahrungen (Arbeit, Wohnung, familiäre Bindungen) verbunden waren, mit dem Aufbruch zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Einklang zu bringen. Die fatale Folge: Die rechtsstaatliche, freiheitliche Demokratie wurde eher als Bedingung, als Ursache für die Verwerfungen im persönlichen Umfeld angesehen denn als eine Möglichkeit, sich aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen zu können und so auch für die eigenen Interessen einzutreten. Gleichzeitig wurde und wird auf diesem Hintergrund eine Verharmlosung der DDR-Zeit gefördert, die nun auf die Generation Z abfärbt.

Daher rührt ein mich bis heute irritierendes, distanzierendes Verhältnis vieler Menschen in Ostdeutschland zu dem, wie sich das Leben nach 1990 trotz allen Widrigkeiten positiv entwickelt hat. Mehr noch: Viele Menschen haben das Gefühl, an dieser Entwicklung gar nicht beteiligt zu sein und pflegen die Opferrolle. Dass Städte wie Meißen, Erfurt, Leipzig oder Chemnitz sich seit 1990 zu attraktiven Ortschaften entwickelt haben, das haben nicht westdeutsche Phantome bewirkt, sondern das ist vor allem den Menschen vor Ort zu verdanken. Darum halte ich die Kurz-Erzählung für höchst problematisch: *Die Menschen in Ostdeutschland haben das DDR-System zum Einsturz gebracht ... dann kam die Einheit ... und dann hatten sie nichts mehr zu sagen.* Bei allem Verständnis für Verlust- und Frusterfahrungen gerade in den 90er Jahren: 35 Jahre nach der Vereinigung haben die Bürger:innen allen Anlass, sich selbstbewusst an ihrer enormen Leistung zu erfreuen.

Allerdings sollten wir auch die Auswirkungen einer Tatsache bedenken, die kaum Beachtung findet: der personale und industrielle Transfer von Ost nach West zwischen 1949 bis 1989. Dieser Transfer hat wesentlich zum wirtschaftlichen Aufschwung der BRD West und zum Niedergang der DDR beigetragen. Er ist aus meiner Sicht weit höher zu veranschlagen als der finanzielle Transfer von West nach Ost nach 1990. Wenn nun eine „Ostquote“ bei der Besetzung von Führungspositionen in Ostdeutschland gefordert und so getan wird, als gehörten die meisten Westdeutschen, die nach 1990 nach Ostdeutschland gekommen sind, eben doch nur zur „zweiten und dritten Garnitur“, oder seien als „Abzocker“ unterwegs gewesen, dann sei die Frage erlaubt: Wer sollte denn nach 1990 die Führungspositionen besetzen? Etwa die abgewirtschaftete Nomenklatura der SED? Ostdeutschland war angewiesen auf Frauen und Männer, die zumindest zeitlich befristet in Rostock, Potsdam oder Magdeburg mit angepackt haben. Dass darunter auch Menschen waren, die sehr egoistische Ziele verfolgten, ist keine Überraschung. Doch eine weitere Frage sei erlaubt: Ist jemand wie ich nach 33 Jahren Leben in Leipzig heute Ostdeutscher oder Westdeutscher, zumal ich zuletzt mit einer Tschechin verheiratet war, die seit 1970 in Leipzig lebte und der ich eine ganz persönliche Osterweiterung verdanke? Oder gehören nicht solche Menschen – und das trifft auch für viele Geflüchtete zu - zu denen, auf die jede Ortschaft dieser Welt angewiesen ist, wenn sie sich entwickeln und nicht im eigenen Mief ersticken will? So sehe ich im Zuzug vieler Geflüchteter nach 2015 in erster Linie einen Brunnquell von Chancen und Möglichkeiten. Wie viele Ortschaften in Ostdeutschland hätten sich aus der Tristesse von Überalterung und Entvölkerung herausziehen können, wenn sie die Chance der Neuansiedlung von Geflüchteten entschlossen genutzt und die Integration als „Aufbau Ost“ verstanden hätten, anstatt sich vom montäglichen Gebrüll „*abschieben*“ verunsichern zu lassen?

Dennoch und bei aller Kritik: 35 Jahre nach der Vereinigung sehe ich im Gegensatz zu Bodo Ramelow und Ilko-Sascha Kowalczuk keine „neue Mauer“³. Allerdings sehe ich viele neue Aufgaben, viele Probleme, die wir nur gemeinsam lösen können: vor Ort, demokratisch, europäisch. Dazu haben die Rechtsnationalisten von der AfD nichts beizutragen. Zwar bieten sie denen, die in Ostdeutschland 1989 hinter der Gardine standen, nun die zweifelhafte Möglichkeit, die damals verpasste Revolution nachzuholen, indem sie sich auf die Umsturz- und Galgen-Fantastereien von Pegida und AfD einlassen und deren kalte Abwertungs- und Vergeltungsrhetorik übernehmen. Doch was viele Menschen in ihrer Wut, ihrem Verdruss und ihrem Herumirren im digitalen Sumpf verkennen: Sie hebeln damit das aus, was 1989 erkämpft wurde und ihnen erst die Möglichkeit gibt, so zu agieren: der Aufbruch zur Demokratie. Doch der funktioniert nur, wenn wir uns alle mit unseren Gaben und Möglichkeiten einbringen, anstatt mit den Rechtsextremisten zu zündeln.

Darum stellt sich an einem Tag wie diesen vor allem eine Frage: Wie wollen wir in Zukunft zusammenleben? Als Antwort möchte ich es bei einem exemplarischen Hinweis belassen: Wir benötigen im vereinten Deutschland dringend eine dem einzelnen Menschen zugewandte, interventionistische, lösungsorientierte Bildungs-, Sozial- und Integrationspolitik – insbesondere im ländlichen Raum und in den prekären Stadtteilen. Wir können uns den enorm angewachsenen Sockel von Menschen ohne Schulabschluss mit all den Langzeitfolgen und sozialen Verwerfungen nicht länger leisten. Wir sollten uns deswegen daran erinnern, dass der Verfall der Häuser in der DDR-Zeit mit einem Loch in der Dachrinne begann. Nach Jahrzehnten ungestörtem Schadensverlauf wuchsen nicht nur die Birken aus den Dächern, auch die Diktatur absoluter Mittelmäßigkeit brach in sich zusammen. Verkommene Schulgebäude und versiffte Toiletten, der Verfall von Stadtteilen, die marode Infrastruktur bei der Bahn und Bevölkerungsgruppen, die nicht mehr dazugehören, entstehen nicht an einem Tag. Wir benötigen eine Politik und ein bürgerschaftliches Engagement, die entschlossen reagieren, frühzeitig eingreifen und eigenverantwortlich handeln. Das ist weniger eine Frage des Geldes, sondern zunächst eine Frage unserer demokratischen Geistesgegenwart und bürgerschaftlichen Verantwortung. Auch wenn die Aufgabe riesig ist – wer sie anpackt, wird Erfolg haben.

Wenn Sie mich nun fragen, woraus ich meinen Optimismus schöpfe, dann nenne ich Ihnen zwei Dinge:

- die tiefe **Dankbarkeit** für alles, was sich seit 1990 entwickelt hat. Sie bewahrt vor Gedankenlosigkeit. Denn *dumm ist, wer den Dank vergisst*.⁴
- das **Vertrauen** darauf, dass Gott aus Allem, auch aus Niederlagen und Scheitern, Gutes entstehen lassen kann und will. Aber auch ER braucht dazu Menschen, die sich durch nichts beirren und entmutigen lassen.⁵

Lassen Sie uns zu diesen Menschen gehören!

Christian Wolff, Pfarrer i.R.

³ Ilko-Sascha Kowalczuk. Bodo Ramelow, Die neue Mauer. Ein Gespräch über den Osten, München 2025

⁴ Mit diesem Satz begann der damalige Ratsvorsitzende der EKD, Klaus Engelhardt, seine Predigt im Ökumenischen Gottesdienst zum Tag der Deutschen Einheit am 03. Oktober 1997 in Stuttgart.

⁵ „Ich glaube, daß Gott aus allem, auch aus dem Bösesten, Gutes entstehen lassen kann und will. Dafür braucht er Menschen, die sich alle Dinge zum Besten dienen lassen.“ Dietrich Bonhoeffer, Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft, hrsg. von Eberhard Bethge, München 1970, S.20

